

24.04.2020

Niederschrift 002/2020

Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung

am 27.02.2020 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Frau Angelika Chur

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Herr Jens Hebebrand

Vertretung für Herrn Hans-Jörg Piasecki; anwesend bis 18.15 Uhr

Herr Udo Holz

Vertretung für Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Gerd Oldenburg

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Rainer Goepfert

Frau Marie-Louise Scheideler

anwesend bis 18.15 Uhr

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Frau Annika Brauksiepe

anwesend bis 16.35 Uhr

Herr Olaf Lauschner

Frau Ursula Schmidt

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Hubert Hüppe

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Patricia Esther Morgenthal

anwesend bis 17.35 Uhr

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Dieter Reichwald

Vertretung für Frau Insa Bußmann

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Sachkundige Bürger/innen FDP

Frau Astrid Partmann

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

anwesend bis 16.20 Uhr

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert

Dezernent

Frau Heidi Bierkämper-Braun

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Norbert Diekmännken

Fachbereichsleiter

Herr Ingo Gall

Kommunales Integrationszentrum

Frau Leonie Kolbrink

Schriftführerin

Gäste

Frau Ulrike Schatto

Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt | Jobcenter Kreis Unna

Frau Anke Jauer

Kompetenzzentrum Frau und Beruf

Abwesend:

Kreistagmitglieder SPD

Frau Renate Jung

Herr Hans-Jörg Piasecki

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 13.02.2020 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Nachfrage von Frau Chur, ob es nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen gebe, meldet sich niemand. Daraufhin stellt sie fest, dass eine nichtöffentliche Sitzung nicht erforderlich sei, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | |
|----------------|---|
| Punkt 1 | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | Bericht zu aktuellen Zahlen der Frauenerwerbslosigkeit im Kreis Unna - Ulrike Schatto, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt im Jobcenter |
| Punkt 3 | Vorstellung der WFG Unternehmensbefragung „Kinderbetreuung“ - Anke Jauer, Kompetenzzentrum Frau und Beruf, Westfälisches Ruhrgebiet |
| Punkt 4 | Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten - Schwerpunkte - Tätigkeitsbericht |

- Punkt 5** 029/20 Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten; Festsetzung neuer Richtwerte für die Angemessenheit
- Punkt 6** 011/20 Durchführung der Landesinitiative "Gemeinsam klappt's/Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"; Durchführung im Kreis Unna
- Punkt 7** 009/20 Neufassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna (Delegationssatzung)
- Punkt 8** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 Bericht zu aktuellen Zahlen der Frauenerwerbslosigkeit im Kreis Unna - Ulrike Schatto, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt im Jobcenter

Erörterung

Anhand einer Folienpräsentation berichtet Frau Schatto zu aktuellen Zahlen der Frauenerwerbslosigkeit im Kreis Unna (Anlage 1 zur Niederschrift).

Auf Nachfrage von Herrn Hüppe erklärt Frau Schatto, dass es Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen im Allgemeinen, nicht speziell für Frauen mit Behinderung gebe.

Herr Goepfert weist darauf hin, dass besonders Alleinerziehende von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen seien.

Punkt 3 Vorstellung der WFG Unternehmensbefragung „Kinderbetreuung“ - Anke Jauer, Kompetenzzentrum Frau und Beruf, Westfälisches Ruhrgebiet

Erörterung

Frau Anke Jauer vom Kompetenzzentrum Frau und Beruf, Westfälisches Ruhrgebiet, stellt die Ergebnisse der WFG Unternehmensbefragung zur Kinderbetreuung anhand einer Präsentation vor (Anlage 2 zur Niederschrift).

Herr Kampmann erklärt, er halte das Thema für ein strukturelles Problem. Bedarf gebe es immer, sodass die Betriebe eigenständig für Lösungen sorgen müssten und nicht nur auf die Kommunen verweisen dürften.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Für die laufenden Bedarfe der Unterkunft in den Rechtskreisen SGB II und SGB XII gelten mit Wirkung vom 01.01.2020 die im Rahmen des »Konzeptes zur Ermittlung der Kosten der Unterkunft 2019« ermittelten neuen Richtwerte für die Angemessenheit laut Anlage 3 a dieser Drucksache.
2. Der Landrat wird beauftragt, die »Richtlinien für die Kosten der Unterkunft und Heizung« entsprechend zu ändern und diese im Übrigen dem aktuellen Stand der Gesetzgebung sowie Rechtsprechung anzupassen. Hierzu sind die unter Ziffer 5 beschriebenen Eckpunkte zu beachten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 011/20 Durchführung der Landesinitiative "Gemeinsam klappt's/Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"; Durchführung im Kreis Unna

Erörterung

Herr Goepfert erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr Göpfert erläutert die Drucksache. Es gehe um ein sehr kurzfristiges Förderprogramm des Landes NRW, um berufliche Perspektiven für junge Menschen mit Duldungsstatus auch im Hinblick auf eine eventuelle Rückkehr zu bieten.

Herr Gall hält eine Präsentation zu der Landesinitiative „Gemeinsam klappt's/Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ (Anlage 5 zur Niederschrift).

Herr Göpfert weist darauf hin, dass es sich bei der Kostenkalkulation für den Kreis Unna um Maximalwerte bei maximaler Ausschöpfung der Fördermittel des Landes handele. Dafür seien aber voraussichtlich nicht genügend Projekte vorhanden. Die Haushaltsplanung für 2021 werde sich an den tatsächlichen Planungen orientieren. Das Gesetz werde im ersten Halbjahr 2020 erwartet und dem Ausschuss dann noch einmal zur intensiven Beratung vorgelegt.

Herr Oldenburg teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Kreistag die Beschlussfassung empfehlen werde und bedankt sich für die Präsentation.

Auf Nachfrage von Herrn Hüppe teilt Herr Göpfert mit, dass es eine Interessensabfrage gegeben habe, auf die sich drei Träger gemeldet hätten.

Herr Kampmann erklärt ebenfalls die vorbehaltlose Zustimmung. Es sei sinnvoll, die Aufgabe beim Kreis anzugliedern.

Herr Lauschner begrüße das Förderprogramm ebenfalls.

Herr Nadolski-Voigt schlieÙe sich den Vorrednern an.

Herr Gall erläutert abschließend, dass derzeit eine landesweite Datenbank aufgebaut werde, in der alle Daten zur späteren Evaluation zusammengefasst würden.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der Kreis Unna beteiligt sich an den Initiativen „Gemeinsam klappt's“ und „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Landrat wird beauftragt, in Abstimmung mit den Kooperationspartnern die erforderlichen Förderanträge beim Land NRW zu stellen.
2. Soweit durch den Kreis Unna Eigenanteile zu finanzieren sind, werden diese im Haushaltsjahr 2020 im Produkt 50.05.01 außerplanmäßig bereitgestellt und im Rahmen des Haushaltsvollzuges im Budget 50 bzw. durch die Landeszuwendung aus den Integrationspauschalen des Bundes gedeckt. Für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 werden im Rahmen der Haushaltsaufstellung die maximalen Aufwendungen und Erträge gemäß Kostenkalkulation (Anlage 1) eingeplant.
3. Der Landrat berichtet im für Integration zuständigen Ausschuss über den Verlauf der Landesinitiativen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 009/20 Neufassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna (Delegationssatzung)

Erörterung

Herr Göpfert erläutert, dass es mit der Neufassung der Satzung zum Einen darum gehe, redaktionelle Fehler zu berichtigen. Zum Anderen hätten die Städte und Gemeinden aufgrund der Komplexität des Themas den Wunsch geäußert, die Abrechnung der Bestattungskosten beim Kreis zu zentralisieren. Dadurch könne auch mehr Rechtssicherheit, Einheitlichkeit und Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Die Zentralisierung könne ohne eine Erhöhung personeller Ressourcen vorgenommen werden, da Personalkapazitäten durch einen Wegfall anderer Aufgaben frei würden.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna (Delegationssatzung) vom 17.10.2018 in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.12.2018 wird geändert und in der als Anlage beigefügten Fassung neu erlassen.

